



Ein Messgerät zur Luftüberwachung – die Stickstoffdioxid-Grenzwerte werden auch dieses Jahr vielerorts nicht eingehalten. FOTO: DPA

Schlechte Luft in den Großstädten

Hannover, Osnabrück und Oldenburg verfehlen Grenzwerte / Sanktionen der EU möglich

VON MARTIN WEIN

Hannover.

Zusammen mit Wasser bilden sie Säuren und reizen dadurch die Schleimhäute. Sie bringen Asthma-Patienten in Atemnot, indem sie ihre Bronchien zusammenziehen. Sie lassen Pflanzen welken und schädigen das Klima. Im Sommer lösen sie die Bildung von Ozon aus und sorgen damit für den berüchtigten Sommersmog. Außerdem binden sie Feinstaub in der Luft. Schon lange stehen Stickoxide bei Umweltpolitikern deshalb in einem schlechten Ruf. Doch alle Versuche, sie etwa mit der Einführung von Umweltzonen endlich aus Niedersachsens Innenstädten zu verbannen, zeigen wenig Erfolg. In Hannover, Osnabrück und Oldenburg wird der seit 2010 EU-weit geltende Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) auch in diesem Jahr vermutlich klar verfehlt. Eine Ausnahmegenehmigung ist aber zum Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen. Die EU-Kommission könnte das Land Niedersachsen deshalb mit einer Millionenstrafe belegen. In den Kommunen bleibt man dennoch gelassen, denn das Land kann sie nicht zur Kasse bitten.

Spitzenwert in Wolfsburg

40 Mikrogramm NO₂ in einem Kubikmeter Luft hält die EU im Jahresmittel für akzeptabel. Schon 30 Mikrogramm verhindern nach Ansicht des Umweltbundesamtes ein richtiges Pflanzenwachstum. In Braunschweig und Göttingen wurde nach den Daten des zuständigen Gewerbeaufsichtsamts Hildesheim im September der Grenzwert gerade eingehalten, in der VW-Stadt Wolfsburg knapp unterschritten. In Hannover war er mit 48 Mikrogramm im Mittel deutlich zu hoch. Osnabrück und vor allem Oldenburg lagen mit 50 beziehungsweise 52 Mikrogramm sogar noch darüber. Die Messdaten sind kein Einzelfall: In den ersten neun Monaten verfehlten Göttingen, Hannover, Osnabrück und

Oldenburg den Grenzwert signifikant. Das geht aus den Monatsprotokollen der Luftqualitätsermittlung hervor. Dabei kam es an einzelnen Tagen sogar zu weitaus gravierenderen Ausreißern. Der höchste Tageswert wurde in diesem Jahr in Wolfsburg mit 250 Mikrogramm gemessen. Die EU hält einen Einzelwert von 200 Mikrogramm für die maximal zulässige Höchstmenge, die an höchstens 18 Tagen im Jahr erreicht werden darf.

„Zur Bewertung einer Überschreitung des Jahresgrenzwertes kann es erst in 2016 kommen“, schränkt Dunja Rose, stellvertretende Pressesprecherin im Umweltministerium ein. Zunächst müsse überprüft werden, ob die vielen Messwerte richtig ermittelt wurden. Dennoch ist man im Ministerium alarmiert. Regelmäßig würden mögliche Gegenmaßnahmen mit den Kommunen erörtert, teilt die Sprecherin von Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) mit.

Stickoxide entstehen vor allem bei der Verfeuerung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl, Gas, Holz und Abfällen. In den Ballungsräumen sind Fahrzeuge der Hauptverursacher. Vor allem Dieselmotoren tragen erheblich zur Stickoxidbelastung bei. Osnabrücks Stadtbaurat Frank Otte hat dann auch schon einen Schuldigen für die Entwicklung gefunden: „Wir fühlen uns von der Autoindustrie veräppelt“, sagt er. Die gefälschten Emissionswerte für Dieselfahrzeuge von Volkswagen hätten auch die Berechnungen der Städte verfälscht. Die Mauscheleien führten dazu, dass man trotz der verschärften Abgasnormen für Katalysatoren die Werte nicht in den Griff bekomme. Auch Umweltminister Wenzel lässt derzeit prüfen, ob die erhöhten Stickstoffdioxidvorkommen in den Städten mit einem erhöhten Ausstoß von Dieselfahrzeugen zusammenhängen. „Wenn das so ist, hat das Folgen für die Frage, welche Fahrzeuge künftig in die Städte fahren dürfen und welche nicht“, droht er. In jedem Fall müsse die Einhaltung der Grenzwerte in der Praxis durchgesetzt werden.

Zur Wahrheit gehört aber, dass auch der Gesetzgeber in den vergangenen 15 Jahren ganz wesentlich am Anstieg der Emissionen beteiligt war. So hat er die Höchstwerte der strengen Euro-2-Norm in den Folgejahren zunächst erheblich gelockert, um den Absatz von Diesel-Pkw zu fördern. „Erst bei den dieselbetriebenen PKW, die seit 1. September nach der Euro-6-Norm zugelassen werden, werden die NO₂-Direktemissionen wieder das Niveau der Euro-2-Norm erreichen“, heißt es dazu im Jahresbericht 2014 der Luftqualitätsüberwachung.

In der Landeshauptstadt sieht man die ganze Angelegenheit gelassen, auch wenn Strafen von 10 000 Euro und Tag für jede Kommune im Raum stehen. Man werde die Auswertung der Daten abwarten, lässt die grüne Umweltdezernentin Sabine Tegt-

meyer-Dette verlauten. Wie die Kommune neben der Umweltzone gegensteuern wolle, wisse man noch nicht. Zwar sind die Städte für die Luftreinhaltung auf ihrem Gebiet zuständig. Finanzielle Folgen wird ihre Politik für sie indessen nicht haben. Ein Vertragsverletzungsverfahren der EU würde sich allein gegen die Bundesrepublik richten, die sich das Geld dann vom Land wiederholen müsste. „Die Kommunen können in Niedersachsen nicht herangezogen werden, da es diesbezüglich keine rechtliche Regelung gibt, die das vorsieht“, sagt Rose. Kommentar Seite 2